



Presseinformation

Düsseldorf, 13.11.2019

Offensive für mehr Lehrkräfte: Landesregierung und Hochschulen schaffen 1000 neue Studienplätze

Deutliche Erhöhung in den Bereichen Grundschule, Sonderpädagogik, Pflegepädagogik und Sozialpädagogik – Land und Hochschulen tragen gemeinsam Kosten von rd. 115 Mio. Euro bis 2025

Pressesprecher

Jochen Mohr

Telefon 0211 896– 4790

Telefax 0211 896– 4575

presse@mkw.nrw.de

Die Landesregierung und die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen vereinbaren eine gemeinsame Studienplatz-Offensive für die Lehrkräfte von morgen und schaffen im pädagogischen Bereich 1000 zusätzliche Studienplätze an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Das hat das Landeskabinett bei seiner gestrigen Sitzung (12. November 2019) beschlossen. In den vier Bereichen Grundschullehramt, Sonderpädagogik, Pflegepädagogik und Sozialpädagogik können damit allein in den nächsten fünf Jahren bis zu 5.000 Studierende zusätzlich ein Studium an einer nordrhein-westfälischen Hochschule beginnen. Der Ausbau der Studienplätze in der Pflegepädagogik erfolgt ab dem Wintersemester 2019/20, in den übrigen drei Bereichen ab dem Wintersemester 2020/21.

Mit dieser Entscheidung tragen die Landesregierung und die Hochschulen dem dringenden Fachkräftebedarf in den vier Bereichen sowie der jüngsten Lehrkräftebedarfsprognose für Nordrhein-Westfalen Rechnung. Die notwendigen Mittel in Höhe von rund 115 Millionen Euro bis 2025, die für den dauerhaften Ausbau der zusätzlichen Studienplatzkapazitäten notwendig sind, werden gemeinsam vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft und den beteiligten Hochschulen bereitgestellt.

„Erstklassige Bildung und gute Studienmöglichkeiten sind zentrale Ziele der Landesregierung. Mit 1000 zusätzlichen Studienplätzen leisten das Land und die Hochschulen einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Lehrkräftemangel, von der Grundschule und der Sonderpädagogik über die Kinderbetreuung bis hin zur Pflege. Ich danke den Hochschulen für die konstruktiven Gespräche und ihr großes Engagement. Diese Studienplatz-Offensive für mehr Lehrkräfte ist nur im gemeinsamen Schulterschluss zwischen Hochschulen und Politik möglich“, sagt Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
S-Bahnen S 8, S 11, S 28
(Völklinger Straße)
Rheinbahn Linie 709
(Georg-Schulhoff-Platz)
Rheinbahn Linien 706, 707
(Wupperstraße)

Im Grundschullehramt werden dauerhaft 300 zusätzliche Bachelor-Studienplätze und später anwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze eingerichtet. Damit haben Land und Hochschulen seit Beginn der Legislaturperiode im Grundschullehramt insgesamt 700 neue Plätze geschaffen und dauerhaft eingerichtet, eine Erhöhung um mehr als 38 Prozent.

Im Lehramt für sonderpädagogische Förderung (Lehrkräfte an Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen) werden die Kapazitäten um weitere 500 Bachelorplätze und später aufwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze erweitert. Bereits 2018 waren in der Sonderpädagogik 250 zusätzliche Plätze geschaffen bzw. gesichert worden. In der aktuellen Legislaturperiode werden somit 750 neue Studienplätze für Sonderpädagogik dauerhaft eingerichtet, ein Plus von fast 65 Prozent.

Im Bereich Pflegepädagogik (für die Ausbildung späterer Lehrkräfte an Pflegeschulen) werden 110 neue Masterstudienplätze und eine entsprechende Zahl von Bachelorplätzen eingerichtet, und damit die Kapazitäten mehr als verdoppelt. In der Sozialpädagogik (Lehrkräfte an Berufskollegs für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern) sollen mindestens 80 zusätzliche Bachelorstudienplätze sowie die zugehörigen Masterplätze geschaffen werden, eine Erhöhung um mehr als 200 Prozent.

„Die Universitäten und die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sehen es als ihre gesellschaftliche Pflicht an, dem Lehrkräftemangel in diesen wichtigen Bereichen wirksam zu begegnen. Zwar sind die Studierenden- und Auslastungszahlen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen bereits jetzt auf Rekordniveau, doch geht es zugleich um eine so zentrale Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft, dass hier schnelle Entscheidungen gefragt sind. Dass diese nun so rasch und umfassend getroffen wurden, resultiert nicht zuletzt aus der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium sowie der klaren Unterstützungszusage des Landes“, ordnen Prof. Lambert T. Koch, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, und Prof. Marcus Baumann, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, den Beschluss ein.

Auch die weiteren an der Studienplatz-Offensive beteiligten Ministerien sehen in der Schaffung der zusätzlichen Studienplätze ein starkes Signal der Landesregierung:

„Das Ministerium für Schule und Bildung setzt alles daran, den Lehrermangel wirksam zu bekämpfen. Mit der neuen Studienplatz-Offensive machen wir einen großen, entscheidenden Schritt voran. Wir werden

damit die Lehrkräfteversorgung an unseren Schulen mittelfristig spürbar steigern. Zwei Maßnahmenpakete gegen den Lehrermangel haben wir bereits geschnürt, ein weiteres wird zurzeit erarbeitet. Damit schaffen wir eine weitere Voraussetzung für beste Bildung“, so Schulministerin Yvonne Gebauer.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann: „Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre. Für eine ausreichende Anzahl an qualifizierten Pflegekräften müssen die Schul- und Ausbildungsplätze in der Pflege weiterhin stark ausgebaut werden. In der Folge entsteht ein erheblich erhöhter Lehrkräftebedarf an den Pflegeschulen. Wir brauchen deshalb dringend mehr Masterstudienplätze in der Pflegepädagogik, und ich bin froh, dass Land und Hochschulen nun die Grundlagen geschaffen haben, um deutlich mehr Lehrkräfte für die Pflegeausbildung zu qualifizieren.“

„Ich freue mich, dass wir mit den Universitäten eine Vereinbarung erzielt haben, um die Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte in diesen sensiblen Bereichen signifikant zu erhöhen. Das ist ein echter Durchbruch auf dem Weg zu mehr Fachkräften, die wir dringend benötigen“, so Kinder- und Jugendminister Dr. Joachim Stamp.